

LEITARTIKEL

75 Jahre Landespolizei – Polizei im Coronadauerstress

In diesem Jahr wird die Landespolizei 75 Jahre alt und gleichzeitig jung. Schon seit 74 Jahren begleitet die GdP in Schleswig-Holstein die Kolleginnen und Kollegen. In den ersten Jahren litt die Landespolizei unter den Auswirkungen des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges sowie einem in dieser Zeit geprägten paramilitärischen, zentralistischen Polizeibild. Sie hat sich sukzessive zu einer mitbestimmten, demokratischen Bürger-Polizei als wichtiger Teil der Gesellschaft und des demokratischen Rechtsstaates entwickelt.

Der Polizeiberuf ist ausgesprochen anspruchsvoll, fordernd und belastend, Kolleginnen und Kollegen müssen oft sofort über erhebliche Grundrechtseingriffe entscheiden. Gewalt gegen Polizeibeamte und der Verlust von Werten und Anstand in Teilen der Gesellschaft wurden durch die GdP immer wieder beklagt. In der Uniform stecken auch Menschen. Da dies oftmals „vergessen“ wird, werden wir immer wieder darauf hinweisen.

Polizei ist Teil dieser Gesellschaft

Die GdP ist stets eingetreten für Verbesserungen der Arbeits- und Rahmenbedingungen ihrer Mitglieder, hat den Blick über den Tellerrand nie gescheut und stets in dem Bewusstsein argumentiert, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht das Gegenüber der Polizei sind. Das Gegenteil ist der Fall: Die Polizei ist Teil der Gesellschaft.

Die Entwicklung der Landespolizei, das Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen, das Vertrauen der Politik, aber auch die rechtsstaatliche und parlamentarische Kon-

trolle haben dazu beigetragen, dass das Ansehen der Polizei in der Bevölkerung in allen Umfragen immer wieder höchste Bewertungsstufen erhält.

Solidarität und Zusammenhalt sind prägende Werte der GdP in Schleswig-Holstein. Es sind auch die Werte in unserer Landespolizei, weil sie für die schwierige Aufgabenerfüllung schlicht notwendig sind.

Damit meinen wir nicht Abschottung oder eine krude Cop-Culture. Diese mitbestimmte, offene, selbstkritische und diverse Landespolizei weiß um ihre Verantwortung und Rolle im demokratischen Rechtsstaat. Deswegen ist es unerlässlich, die Aus- und Fortbildung weiter zu stärken und dabei auch Erfahrungen der Vergangenheit, unsere Geschichte, staatspolitisches Grundwissen und auch aktuelle politische Entwicklungen einzubeziehen.

Es ist von hoher Bedeutung, unsere Kolleginnen und Kollegen zu stärken, sie nicht zum Feindbild politischer Überzeugungen werden zu lassen.

Aktuelle Bestrebungen in der Landespolizei durch die Stärkung des psychologischen Dienstes, die strukturierte, verlässliche Einsatznachbereitung als Teil des Dienstes, die



Fotos (2): Thomas Grünemann

Stärkung der Führungskräfte und auch die wissenschaftlichen Betrachtungen der ME-GAVO-Studie unter anderem zur Feststellung der Belastungssituation unserer Kolleginnen und Kollegen werden zu einer weiteren positiven Entwicklung beitragen.

Wir sind den Bürgern verpflichtet

Den Bürgerinnen und Bürgern sind wir verpflichtet. Es darf nicht riskiert werden, dass sie das Vertrauen in den Staat, seine Organisationen und die Sicherheitsorgane verlieren. Denn ohne das Vertrauen derjenigen, für die die Polizei da sein soll, wird die Arbeit kaum möglich sein. Die Menschen müssen dem Staat und der Polizei vertrauen.

Anfang Dezember letzten Jahres habe ich in einem Fernsehinterview zur gesellschaftlichen Entwicklung in der Pandemie folgenden Satz gesagt:

„Weil sich einige Menschen einfach ihrer Verantwortung nicht bewusst sind, dass sie sich aus eigenem Antrieb impfen lassen, sondern sich stur dagegen wehren werden. Und das wird ein Problem für unsere Gesellschaft, für die Politik und in Teilen natürlich auch für die Polizei.“

Ein Zuschauer schrieb mir am nächsten Tag seine Verärgerung über meine Wortwahl. Ich möge mir als Mensch, dessen öffentliche Äußerungen Gewicht haben, meine Wortwahl zukünftig gut überlegen.



Neben meinem Dank für seine bekundete eigene Impfung und damit verbundenem Schutz auch meiner Kinder und Enkelkinder antwortete ich: „Seien Sie sehr gewiss, dass ich alle öffentlich geäußerten Worte sorgsam abwäge!“

Aktuell wurde ich von einem Journalisten gefragt, ob wir als GdP aufgrund der vielen sogenannten Spaziergänge als Proteste gegen die Corona-Maßnahmen schärfere Maßnahmen oder erweiterte rechtliche Befugnisse zur konsequenten Durchsetzung forderten.

In die Antwort habe ich meine Überzeugung hinein formuliert, dass in einer sich aktuell stark polarisierenden Gesellschaft, Kritiker der Corona-Maßnahmen meinten, dass sie machen könnten, was sie wollten. Andere würden aus Wut die Spaziergänger von Balkonen mit Gegenständen bewerfen. In dieser spannungsgeladenen Stimmung stünden unsere Kolleginnen und Kollegen unter höchster Belastung am Rand des Grabens.

Gerade in einer solch brisanten Situation sei es immens wichtig, dass die Polizei sich eben nicht emotional verleiten lasse, sondern weiter besonnen, professionell und verhältnismäßig handele und vorgehe.

Selbstverständlich würden wir jedoch eine stringente Verfolgung von Rechtsverstößen sowie eine schnelle und konsequente Ahndung erwarten.

Landespolizei befindet sich schwieriger Einsatzdauerlage

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Polizei befindet sich im Jahr des 75. Geburtstagsjubiläums in einer schwierigsten Einsatzdauerlage. Dies auch vor dem Hintergrund der eige-

nen Bedrohung und Gefährdung durch die Covid-Viren. Die Einsatzkräfte der Landespolizei sind aber beweglich und engagiert, professionell, gut ausgebildet, überzeugt und mutig.

Polizeibeschäftigte haben Wertschätzung verdient

Für eine Geburtstags- und Jubiläumsfeier bleibt wohl in 2022 weder Zeit noch Gelegenheit. Umso wichtiger ist die Wertschätzung für unsere Kolleginnen und Kollegen. So war es erfreulich, dass es vor dem Jahreswechsel trotz Konkurrenz-Klagen und damit schwieriger Rechtslage gelungen ist, rund 150 Beförderungskunden auszuhändigen, ohne dass Individualrechte der Klagen beeinträchtigt werden. Dank für die erfolgreichen Bemühungen gebührt Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack, der Personalverwaltung und vieler weiterer engagierter Menschen.



Schwierige Diskussion um Über- und Mehrarbeitsstunden

In diese Zeit des 75-jährigen Bestehens der Landespolizei fällt allerdings auch eine schwierige Diskussion um Über- und Mehrarbeitsstunden. Komplizierte juristische Betrachtungsweisen, Fürsorge und Arbeitsschutz und der Selbstanspruch von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die notwendige Arbeit in bestmöglicher Art und Weise zu erledigen, scheinen hier in Konkurrenz zu stehen. Ich möchte bei den notwendigen Vereinbarungen sehr auf unsere gewählten Personalräte und die Verhandlungen mit den Verantwortlichen in der Landespolizei vertrauen. Die Kappung oder Streichung von geleisteten Dienststunden schließt sich als Lösung für die GdP aus. Wir

werden aber Gesundheits- und Arbeitsschutz für unsere Kolleginnen und Kollegen weiterhin einfordern. Dazu zählt ganz sicher auch eine Begrenzung der Belastung durch Über- und/oder Mehrarbeitsstunden. Hierzu bedarf es einer Übernahme von Verantwortung durch Vorgesetzte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Mitbestimmungsgremien, aber auch geeignete technische Kontrollsysteme.

Die 75-jährige Landespolizei ist mit 9500 Kolleginnen und Kollegen ein sehr wichtiger, wertzuschätzender Teil des Staates und ein Eckfeiler der Demokratie.

GdP wird weiter für Verbesserungen kämpfen

Als GdP werden wir nach wie vor alle Bemühungen anstellen, Polizeivollzugs- sowie Verwaltungsbeamtinnen und -beamte, Tarifbeschäftigte sowie Auszubildende zu unterstützen und die Arbeitsbedingungen attraktiv und angemessen zu gestalten. Gleichzeitig werden nichts unversucht lassen, Menschen für die Tätigkeit in der Landespolizei zu motivieren.

Landespolizei leistet Großartiges

Da ich überzeugt bin von dieser Landespolizei, möchte ich im Namen der Gewerkschaft der Polizei in Schleswig-Holstein zu den vielen Erfolgen und die großartige Arbeit ganz herzlich gratulieren; auch wenn ich weiß, dass sich die Organisation in einer dauernden Entwicklung befinden wird und muss.

Insofern sind die Glückwünsche als Ermutigung zu verstehen, einen konsequenten, bürgerorientierten, rechtsstaatlichen, antipopulistischen, sachlichen Weg fortzusetzen. Bürgerinnen und Bürger aber auch unsere Kolleginnen und Kollegen sind für mich das höchste Gut und der größte Wert! ■

DP – Deutsche Polizei
Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 17091
Telefax (0431) 17092
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Thomas Gründemann (V.i.S.d.P.)
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 1709-1
gdp-schleswig-holstein@gdp.de



Landespolizei ist eine Erfolgsgeschichte

Innenministerin Sütterlin-Waack und Landespolizeidirektor Wilksen mit Dankesworten an Polizeibeschäftigte

Das 75-jährige Bestehen der Landespolizei nahmen auch Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack und Landespolizeidirektor Michael Wilksen zum Anlass, Dankesworte an die schleswig-holsteinische Polizeibeschäftigten zu richten.

Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack



Fotos (Z): Thomas Gründemann

„In diesem Jahr blicken wir auf eine echte Erfolgsgeschichte innerhalb unserer Demokratie zurück“, stellte Sütterlin-Waack stolz fest. Schleswig-Holstein sei bei der Einführung einer „eigenständigen“ Landespolizei zwar nicht das erste Bundesland im noch verwundbaren Deutschland gewesen, aber „durch Männer, die demokratische Werte als Basis etablierten“, habe sich daraus eine „leistungsstarke und zukunftsorientierte Polizei in unserem Bundesland entwickeln“ können, ergänzte die Ministerin. Auch wenn das Ministerium die Gleichstel-

lung immer im Blick habe, so hätten in diesem Fall am Anfang ausschließlich junge Männer gestanden, die 1947 als Polizeischüler in der Kaserne Eckernförde-Carlshöhe den Grundstein für diese Erfolgsgeschichte gelegt hätten. „Seitdem ist ein Dreivierteljahrhundert vergangen und vieles hat sich grundlegend geändert. Die gegenwärtige Pandemielage macht aber erneut deutlich, wie wichtig die demokratische Stabilität und Widerstandsfähigkeit ist und von welcher zentralen Bedeutung dabei eine verantwortungsvolle, bürgernahe, innovative, professionelle und engagierte Landespolizei ist“, unterstrich Sabine Sütterlin-Waack.

Mit der Landespolizei verbinde sie diesen offenen, zielorientierten und professionellen Umgang, den sie seit ihrem Amtsantritt als Innenministerin erlebt habe und der sie nachhaltig beeindrucke. Die täglichen Herausforderungen im polizeilichen Alltag hätten die „Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei“ nicht abstumpfen lassen, sondern seien offensichtlich Ansporn, weiterhin für Freiheits- und Menschenrechte einzustehen und „unsere“ Demokratie und den Rechtsstaat zu schützen. „Ich bin mächtig stolz auf Sie, auf Ihre Arbeit, dankbar für Ihren täglichen Einsatz und gratuliere ganz herzlich“, wandte sich die Innenministerin mit persönlichen Worten an die Beschäftigten der Landespolizei.

Landespolizeidirektor Michael Wilksen



Seine Anerkennung sprach auch der ranghöchste Polizist Michael Wilksen der Landespolizei aus. „Seit Gründung 1947 in Eckernförde hat sich die Landespolizei stets verändert und steht heute für eine moderne und kompetente Bürgerpolizei mit dem klaren Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie zu den grundgesetzlichen Werten wie Würde, Gleichheit und Freiheit“, so der Landespolizeidirektor. Wilksen erinnerte daran, dass dies nicht immer so gewesen sei. „Wie wir heute wissen, konnte sich das NS-Regime von seinen Anfängen bis zu seinem Untergang auf die Polizei stützen. An diesen dunklen Seiten im sogenannten „Dritten Reich“ wird deutlich, dass Machtapparate ohne die strikte Verpflichtung auf den Rechtsstaat außer Kontrolle geraten können“, gab Wilksen zu bedenken. Auch deshalb finde in der Landespolizei seit vielen Jahren eine sehr professionelle und wertorientierte Ausbildung statt. „Eine Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat darf und muss wegen ihrer Machtfülle kritisch begleitet, darf aber nicht und nie zum Feindbild werden“, betonte er. Historisches Lernen nehme einen besonderen Stellenwert ein. Michael Wilksen ließ einen Blick in sein Gefühlsleben zu; „Ich wurde 1978 in den Dienst der Landespolizei in Eutin eingestellt und war und bin seit dem selbst Teil unserer Organisation sowie Entwicklung. Es erfüllt mich mit Freude und Stolz, in meiner Funktion als Landespolizeidirektor für diese Landespolizei verantwortlich zu sein“, so Michael Wilksen.

Thomas Gründemann





PRESSESPIEGEL

GdP-Antworten im Überblick

In jüngster Vergangenheit war die Gewerkschaft der Polizei (GdP) häufig Adressat von Medienanfragen. Nachfolgend sind die Anfragen und GdP-Antworten, die in der Regel über den Landesvorsitzenden Torsten Jäger erfolgten, zu verschiedenen Themen zusammengefasst.

Corona-Proteste

Wiederholt war die GdP zu den „Corona-Protessen“ gefragt, unter anderem auch auf Nachfrage des SH-Magazins. Gegenstand der Interviewanfrage waren die Warnungen von Innenministern und des Verfassungsschutzes in mehreren Bundesländern vor einer zunehmenden Radikalisierung im Zuge der Corona-Verschärfungen. Hintergrund waren die mit den steigenden Inzidenzen und verschärften Maßnahmen auch in Schleswig-Holstein bemerkten Aktivitäten der Gegner von Corona-Maßnahmen. So hatten in Kiel, Lübeck und Flensburg jeweils rund 300 Menschen demonstriert, ohne dass Ausschreitungen zu verzeichnen waren. „Das sind normale Demonstrationen und das ist das gute Recht der Menschen“, sagt Sabine Sütterlin-Waack (CDU im SH-Magazin).

Auf ein „moderates“ Lagebild hatte dabei auch Torsten Jäger für die schleswig-holsteinische GdP hingewiesen. „Ich halte die aktuellen Maßnahmen für angemessen, erwarte aber Konflikte, beispielsweise, wenn Polizistinnen und Polizisten Ungeimpfte aus Geschäften holen oder vielleicht sogar an den Weihnachtsfeiertagen Kontaktbeschränkungen durchsetzen muss. Die Kolleginnen und Kollegen geraten dann direkt in diese Konflikte. Das ist anstrengend und anspruchsvoll, auch, weil immer die Gefahr einer Ansteckung zu besorgen ist“, so Torsten Jäger. Eine Verschärfung der Konflikte befürchtete der GdP-Landesvorsitzende, wenn es etwa eine allgemeine Impfpflicht geben würde: Einige Menschen seien sich einfach ihrer Verantwortung nicht

bewusst und ließen sich nicht aus eigenem Antrieb impfen, sondern wehrten sich stur dagegen. „Und das wird ein Problem für unsere Gesellschaft, für die Politik und letztlich dann natürlich auch für die Polizei“, so Torsten Jäger. In dieser Situation, sagte Jäger, könnten sich auch Menschen radikalisieren: „Die, die nicht weiterkommen mit ihrem Protest, könnten dazu neigen, sich auch zu radikalisieren. Da müssen wir sehr aufpassen. Die Polizei, aber sicherlich auch die Verfassungsschutzbehörden.“

Mögliche Pläne der Ampel-Koalition zur Legalisierung von Cannabis

Torsten Jäger auf SHZ-Anfrage: Die Legalisierung und Freigabe von Cannabis ist für uns ein falsches Signal. Zu befürchten sind gesundheitliche und vor allem soziale Konflikte sowie konfliktsteigernde Enthemmungen. Legalisierungsdebatten tragen zur Verharmlosung von Drogenkonsum bei. Die Gefahren werden durch einen Mix mit anderen Drogen, auch Alkohol verstärkt. Unsere Kolleginnen und Kollegen erleben aggressive und unkontrollierte Verhaltensweisen von unter Drogen stehenden Menschen. Das wird sich nach unserer Einschätzung nach einer Legalisierung von Cannabis zumindest nicht positiv verändern. Die Verfolgung von Konsumentendelikten sind kein Schwerpunkt-

thema der polizeilichen Arbeit, insofern versprechen wir uns keine wesentliche Arbeitserleichterung durch Wegfall dieser Arbeit. Wir müssen uns doch die Frage stellen, wie die Abgabe staatlich kontrolliert werden soll. Wer überwacht die Regeln? Soll das polizeiliche Aufgabe werden? Ob damit der Schwarzmarkt und illegale Handel vermieden wird, wissen wir nicht. Wir befürchten, dass neue illegale Transport- und Beschaffungswege entstehen könnten. Die Kontrolle dürfte komplexer und schwieriger werden.

Auch sehen wir in unserer täglichen Arbeit jetzt schon, dass Cannabis-Konsum gravierende Auswirkungen auf den Straßenverkehr hat. Die Droge macht fahruntüchtig. Die Wirkstoffe sind länger im Körper als Alkohol. Welche Regeln sollen dann künftig gelten? Und wie sollen die kontrolliert werden?

Alleine die Mehrarbeit durch diese Kontrollen dürfte für die Polizei auch die Entlastung der Rauschgiftfahnder aufwiegen. Diese Annahme wird leider durch die Feststellung gestützt, dass trotz generell rückläufiger Zahlen von Verkehrsverstößen im „Corona-Jahr“ 2020 die Feststellungen im Bereich Drogen bei anlassunabhängigen Kontrollen in SH sogar gestiegen sind! Aus dem Verkehrssicherheitsbericht der Landespolizei darf ich zitieren: „Verkehrsunfälle, die unter Alkohol- oder Drogeneinfluss geschehen, sind überdurchschnittlich schwere Unfälle. Das Risiko, bei diesen Verkehrsunfällen schwere oder tödliche Verletzungen davon zu tragen, ist fast doppelt so hoch wie bei allen anderen Unfällen.“ ■





TARIFABSCHLUSS 2021

GdP: Lebenslange Wertschätzung sieht anders aus

Antwort des Ministerpräsidenten Daniel Günther auf Offenen Brief zum Tarifabschluss 2021 stößt auf Kritik der GdP

Kiel – In der Januarausgabe berichtete die DP von einem „Offenen Brief zum Tarifabschluss 2021“. Diesen hatten der GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger und der Landesseniorenvorsitzende Hermann Reissig an Ministerpräsident Daniel Günther gerichtet. Darin kritisierten Jäger und Reissig im Namen des Landesvorstandes vor allem die Leer-Runde für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger deutlich. Mittlerweile liegt die Antwort des Ministerpräsidenten zum dem „Offenen Brief“ vor, die wir nachfolgend zur Kenntnis geben. Ergänzt wird die Antwort mit einem Statement Torsten Jägers und Hermann Reissigs.

Antwort des Ministerpräsidenten:

„Wie angekündigt wird die Landesregierung dem Schleswig-Holsteinischen Landtag einen Vorschlag unterbreiten, die von den Tarifvertragsparteien Ende November 2021 vereinbarte Tarifeinigung zeit- und wirkungsgleich auf den Beamtenbereich zu übertragen. Damit werden die aktiven Beamtinnen und Beamten ebenso wie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ab 1. Dezember 2022 2,8 % mehr Gehalt bzw. Versorgungsbezüge erhalten. Außerdem wirkt die schon mit einem früheren Anpassungsgesetz beschlossene lineare Steigerung der Gehälter bzw. Versorgungsbezüge i.H.v. 0,6 %, die bereits zum 1. Juni 2022 wirksam wird. Insgesamt werden sich die Gehälter und die Versorgungsbezüge bis Ende des Jahres 2022 damit um insgesamt 3,4 % erhöhen. Ich denke, das ist ein gutes und sehr respektables Ergebnis für die Beamtinnen und Beamten, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger hier im Land Schleswig-Holstein. Die aktiven Be-

amtinnen und Beamten erhalten darüber hinaus eine einmalige Corona-Sonderzahlung, mit der ausweislich der Tarifeinigung die zusätzlichen Belastungen in der Coronakrise ausgeglichen bzw. abgemildert werden sollen. Diese Corona-Sonderzahlung ist einkommenssteuer- und sozialabgabenfrei. Es handelt sich also nicht um eine Einmalzahlung im herkömmlichen Sinne, die versteuert werden müsste und die wie ein tragender Einkommensbestandteil zu betrachten wäre. Das zwischen den Tarifvertragsparteien erzielte Tarifergebnis, das wir auf den Beamtenbereich übertragen werden, sieht einen Bonus für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ausdrücklich nicht vor.

Dies geht auch aus den Formulierungen des Einigungspapiers ausdrücklich hervor. Insofern erfolgt auch keine Übertragung der Corona-Sonderzahlung auf den Bereich der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Dies ist angesichts des damit verbundenen Zwecks auch inhaltlich für den tariflichen Bereich von den Tarifparteien nicht angedacht worden.

Dieses Vorgehen steht auch im Einklang mit der Absprache zwischen der Landesregierung und den Spitzenorganisationen, die im November 2019 zur Übernahme des nächsten Tarifabschlusses getroffen worden ist. Übernommen werden danach selbstverständlich solche Komponenten, die sich auch systemgerecht und widerspruchsfrei auf das Beamtenrecht übertragen lassen. Das betrifft die lineare Gehaltssteigerung und den Zeitpunkt, zu dem diese wirksam wird und beispielsweise vereinbarte Mindestbeträge. Andere Komponenten der Tarifeinigung haben im Regelfall tarifrechtliche Besonderheiten zum Gegenstand, die in der Beamtenbesoldung keine Entsprechung finden. Von diesem Verständnis sind bei früheren Tarifabschlüssen die

Landesregierung und die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften stets einvernehmlich ausgegangen. Das betrifft aber auch den Umgang mit der Corona-Sonderzahlung. So wird die Corona-Sonderzahlung ebenfalls nicht bei den Rentnerinnen und Rentnern, die dem öffentlichen Dienst angehört haben, gezahlt. Ich erlaube mir an dieser Stelle auch den Hinweis, dass es für die Rentnerinnen und Rentner auch des öffentlichen Dienstes in diesem Jahr in Bezug auf die Rente eine Nullrunde gegeben hat, weil durch den pandemiebedingten starken Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie der Kurzarbeit die Lohnsumme im Jahr 2020 gesunken ist.

Ich lege großen Wert auf das gemeinsame Verständnis, dass die schleswig-holsteinische Landesregierung in Geist und Buchstaben die nach wie vor gute und sehr zu lobende Vereinbarung vom November 2019 erfüllt und ihr Versprechen einhält.“

Daniel Günther

Kritik der GdP an Antwort des Ministerpräsidenten

Der GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger und der GdP-Landesseniorenvorsitzende Hermann Reissig zeigten sich heute unzufrieden mit der übersandten Antwort des Ministerpräsidenten: „Die Sichtweise der Landesregierung ist bedauerlich und geht am Thema vorbei. Wir fordern keine Corona-Zulage für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Wir fordern aber einen Ausgleich für 14 Monate Stillstand bei Pensionären in Zeiten hoher Inflationsraten. Der Vertrag mit der Landesregierung in 2019 hat eine wirkungs- und zeitgleiche Behandlung der Versorgungsempfänger mit dieser Entscheidung nur suggeriert, das ist mehr als enttäuschend! Sämtliche Kompromissvorschläge der GdP wurden bisher abgelehnt, insbesondere für die Finanzministerin bleiben Versorgungsempfängerinnen und -empfänger lediglich eine finanzielle Last für den Haushalt. Eine lebenslange Wertschätzung sieht jedenfalls anders aus. Die GdP wird sich im parlamentarischen Beteiligungsverfahren für eine Korrektur der Absichten einsetzen!“ ■



SEMINARE

Vorbereitung auf einen „aktiven Unruhestand

Du bist über 58 und deine Gedanken beschäftigen sich schon länger mit „der Zeit danach“? Der GdP-Landesbezirk bietet für alle Interessierten ein Seminar an, das sich mit diesem Thema nachhaltig befasst. Wir wollen Antworten finden auf Fragen wie:

- Mit welcher Versorgung kann ich rechnen?
- Was leistet die Beihilfe?
- Was bietet mir meine GdP auch im Ruhestand?
- Welche Möglichkeiten des Engagements in der GdP habe ich?
- Wie kann ich die neugewonnene Freizeit nutzen?

Des Weiteren haben wir sehr interessante Referate sowohl zu den Themen „Erben und

Vererben“ als auch zur „Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung“ vorgesehen.

1. Seminar:

Zeit: 23. und 24. Mai 2022

Ort: Bad Malente-Gremsmühlen

Teilnehmer: 30 Personen

2. Seminar:

Zeit: 24. und 25. Oktober 2022

Ort: Kiel

Teilnehmer: 25 Personen

Seminarleitung: Reimer Kahlke

Für die Veranstaltung kann Bildungsurlaub gemäß § 17 Weiterbildungsgesetz Schleswig-Holstein in Verbindung mit der

Bildungsfreistellungsverordnung (BiFVO) in Anspruch genommen werden.

Das Seminar ist für GdP-Mitglieder aus Schleswig-Holstein kostenfrei, Nichtmitglieder zahlen einen Eigenanteil von 150 €. Reisekosten werden nicht erstattet.

Anmeldungen bitte schriftlich über die GdP-Geschäftsstelle an Dorith Stubenrauch-Schulz, E-Mail: Dorith.Schulz@gdp.de, Fax: 04 31/1 70 92.

Anmeldeschluss ist der 31. März 2022.

Es wird erwartet, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Übernachtungsangebot annehmen. ■

Mein Schiff.

Eine Klasse für mich.



URLAUB VORAUSS.

Kanaren mit Madeira III

Gran Canaria bis Mallorca

Mein Schiff 4

20.11.2022

7 Nächte • Innenkabine C
ab/bis Gran Canaria

Mein Schiff 2

23.04.2023

7 Nächte • Innenkabine C
ab Gran Canaria / bis Mallorca

ab **999 €****

ab **979 €****

PREMIUM ALLES INKLUSIVE*

HIER
ATTRAKTIVE
ANGEBOTE
SICHERN



PSW Reisen

Kiel

Tel: 0431 - 170 93

Mail: psw-reisen.kiel@t-online.de

Lübeck

Tel: 0451 - 50 21 736

Mail: psw-reisen.luebeck@t-online.de



* Im Reisepreis enthalten sind ganztägig in den meisten Bars und Restaurants ein vielfältiges kulinarisches Angebot und Markengetränke in Premium-Qualität sowie Zutritt zum Bereich SPA & Sport, Entertainment und Kinderbetreuung.

** Preis p. P. im PRO-Tarif bei 2er-Belegung einer Innenkabine mit Frühbucherermäßigung, An-/Abreise nach Verfügbarkeit zubuchbar.

TUI Cruises GmbH · Heidenkampsweg 58 · 20097 Hamburg · Deutschland
Stand: 01/2022



RÜCKBLICK

Schlussspurt im Dezember. Aufgrund des alljährlichen vorweihnachtlichen Urlaubs von Sven Martinsen für mich drei besonders fordernde Wochen, fehlt mir doch die Vorzimmer-Unterstützung enorm.

Dennoch ist der Dezember auch voller Überraschungen und netter kleiner Gesten und Geschenke. Vom Sozialwerk der GdP Hamburg erhalten wir Gutscheine für den Online-Händler „about you“. Wer 20 % sparen will, kann sich gern jederzeit einen Gutscheincode bei uns erfragen oder abholen. Von unserer Werbeagentur Maik Bartz erhalten wir ebenfalls ein süßes Päckchen mit kleinen Nettigkeiten. Und so steht fast jeden Tag eine Kleinigkeit auf dem Tisch: Marmelade, eine Federtasche und vor allem viel Schokolade für starke Nerven!



Fotos (2): Susanne Rieckhof

Durch den Tarifabschluss am letzten Novemberwochenende erleben wir heftige Diskussionen und Reaktionen, weil unsere Versorgungsempfängerinnen und -empfänger von der Einmalzahlung, die schlauserweise als „Corona-Sonderzahlung“ betitelt wurde, ausgenommen werden sollen. Torsten Jäger führt gemeinsam mit dem DGB und den anderen beteiligten Gewerkschaften die entsprechenden Gespräche mit dem Finanzministerium und der Staatskanzlei, aber bisher beißen wir auf Granit.

Aus diesem Grund findet am

3. Dezember

eine Sondersitzung des Geschäftsführenden Landesvorstands statt. Diese betitelt das Vorgehen der Landesregierung als „unfair“ und „unsolidarisch“ und beschließt, einen Offenen Brief zu verfassen.

7. Dezember

Eine außerordentliche Landesvorstandssitzung findet statt. In dieser erörtert Matthias Paulke als Vertreter der Tarifkommission die Hintergründe des Tarifabschlusses und den Gang der Verhandlungen. Auch stellt er dar, dass dieses Ergebnis vor dem Hintergrund der Gefahren der Arbeitgeber das Bestmögliche gewesen sei, was für die Beschäftigten, v.a. auch im Gesundheitssektor, herauszuholen gewesen sei. Der vom GLV vorbereitete Offene Brief an den Ministerpräsidenten wird besprochen und einstimmig beschlossen.

10./11. Dezember

Klausurtagung des frisch gewählten GLV. Der Terminplan für 2022 sowie der Geschäftsverteilungsplan werden ebenso erörtert wie aktuelle Aufgaben und Herausforderungen.



Fotos (2): Thomas Gründemann

13. Dezember

Generalstaatsanwalt Wolfgang Zepter kam gemeinsam mit der Leitenden Oberstaatsanwältin Wiebke Hoffelner zu einem Abschiedsbesuch in unsere Geschäftsstelle. Es sei seine „letzte Dienstreise nach Kiel“, verrät er uns. Im anschließenden gegenseitigen Austausch thematisiert Generalstaatsanwalt Zepter u. a. das Problem der oft überlangen Verfahrensdauer in der Justiz, das insbesondere für die Betroffenen in Strafverfahren eine schwer zu ertragende zusätzliche Belastung darstelle. Angesichts der in den letzten Jahren gestiegenen Anzei-



Susanne Rieckhof

Foto: Gründemann

ge- und Klagebereitschaft der Bürgerinnen und Bürger werde sich seiner Ansicht nach die Lage bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten noch verschärfen. Für die Landespolizei wünscht Generalstaatsanwalt Zepter sich nicht zuletzt deshalb vor allem genügend „Manpower“, um eine zügige und fachgerechte Ermittlungsarbeit auch in Zukunft gewährleisten zu können. Wolfgang Zepter, Wiebke Hoffelner sowie Torsten Jäger und Andreas Kropius von der GdP waren sich einig, dass beim Personaleinsatz mehr Kontinuität wünschenswert wäre, auch um Fachwissen zu erhalten. Neue Aufgaben müssten auch mit entsprechend neuem Personal hinterlegt werden.

„Herr Zepter, im Namen der GdP wünsche ich Ihnen alles Gute, viel Gesundheit und ein langes erfülltes Pensionsleben!“



Foto: Susanne Rieckhof

16. Dezember

Eine letzte Sitzung der Rechtsschutzkommission, traditionell mit einem kleinen Frühstück, entscheidet über die letzten zwölf Fälle des Jahres.

22. Dezember

Ein herrlicher Sonnenaufgang über der Kieler Förde lässt kurz innehalten. Das Arbeitsjahr war spannend und intensiv. Die Weihnachtspause kommt höchst gelegen. Aber was wird im Neuen Jahr sein? Werden wir uns alle wieder einigeln müssen? Zurück zu Treffen per Videokonferenzen? Ich will nicht daran glauben müssen, habe aber da so meine Befürchtungen...

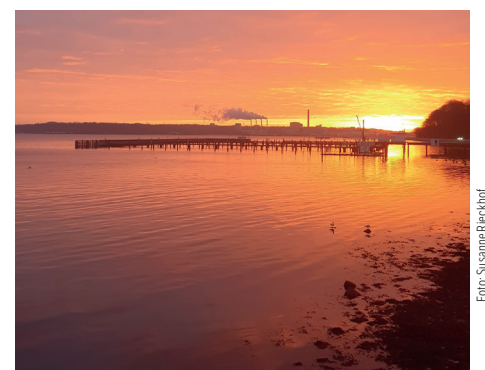


Foto: Susanne Rieckhof